Stefan Eminger / Ernst Langthaler / Klaus-Dieter Mulley

Nationalsozialismus in Niederösterreich

Opfer . Täter . Gegner

Nationalsozialismus in den
österreichischen Bundesländern

herausgegeben von Horst Schreiber
im Auftrag von _erinnern.at_
www.erinnern.at

Band 9

erinnern.at

Stefan Eminger / Ernst Langthaler / Klaus-Dieter Mulley

Nationalsozialismus in Niederösterreich

Opfer . Täter . Gegner

StudienVerlag
Innsbruck
Wien

© 2021 by Studienverlag Ges.m.b.H., Erlerstraße 10, 6020 Innsbruck
E-Mail: order@studienverlag.at
Internet: www.studienverlag.at

Gedruckt mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, den Zukunftsfonds der Republik Österreich, das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Wissenschaft und Forschung, die AK Niederösterreich sowie das Renner-Institut.

Buchgestaltung nach Entwürfen von: Willi Winkler, neusehland.at
Satz: Studienverlag/Karin Berner
Umschlagbild: Erntedankfest in Gänserndorf (Sammlung Scharmitzer, Gänserndorf)
Registererstellung durch die Autoren

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7065-5571-5

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt

Editorial

Werner Dreier, Horst Schreiber: Vorwort 13

National-sozialismus in Niederösterreich

Vor dem „Anschluss“ 17
Welche Auswirkungen hat der Erste Weltkrieg? 17
Wie entsteht das Bundesland Niederösterreich? 20
Welche Probleme entstehen in der Wirtschaft? 21
Wie entwickelt sich die politische Lage? 23
Welche Rolle spielen die Wehrverbände? 25
Wie gewinnt die NSDAP an Einfluss? 26
Wie wird die Demokratie ausgeschaltet? 30
Welche Rolle spielt der Antisemitismus? 32
Josef Leopold: Erster von Hitler ernannter Gauleiter Niederösterreichs 39
Julius Kampitsch: Ein Maulwurf in der niederösterreichischen Landesregierung 42

„Machtergreifung“: Jubel und Angst 45
Wie kommen die Nationalsozialisten an die Macht? 45
Wie erleben die Menschen den „Anschluss“? 51
Wie verfahren die Nationalsozialisten mit ihren GegnerInnen? 59
Wie wird Niederösterreich zu Niederdonau? 62
Wie versuchen die Nationalsozialisten ein Gau-Bewusstsein zu schaffen? 67
Franz Danimann: Zeitzeuge und Aufklärer über die NS-Diktatur 69
Wilhelm Hanisch: Der feste Glaube an ein „Idealbild des deutschen Volkes“ 71
Hugo Jury: Hitlers Vollstrecker in Niederdonau 73

NS-Herrschaft: Verlockung und Zwang 75
Was heißt NS-Herrschaft? 75
Wie stützen Bürgermeister, Bezirkshauptleute und Landesbeamte den NS-Staat? 77
Was sind die Aufgaben der NSDAP? 82
Wie üben Justiz und Gestapo Terror aus? 90
Welche Rolle spielt die Wehrmacht im Hinterland? 96

Paul Scherpon: Als Beamter politisch anpassungsfähig 105
Leopold Schuster: Fanatischer Nationalsozialist und Kreisleiter 107
Helene Naber-Binder: Von der „illegalen“ zur offiziellen BDM-Führerin 109

Arbeitswelten: Bauernhof und Rüstungsfabrik 111
In welche Richtung lenkt der NS-Staat die regionale Wirtschaft? 111
Wie arbeiten und leben die Menschen in der Landwirtschaft? 116
Wie arbeiten und leben die Menschen in Gewerbe und Industrie? 132
Welche Folgen hat die nationalsozialistische Wirtschaftslenkung? 142
Leopold Leitner: Ein Bergbauer schreibt an den „Führer“ 147
Helene Pawlik: Eine polnische Zwangsarbeiterin am Bauernhof 149
Rupert Schober: Ein Ortsbauernführer drückt ein Auge zu 151
Helene Luckinger: Todesangst im Kartoffelkeller 153
Georg Meindl: Ein Konzernchef im Pakt mit der SS 155
Srulek Storch: Ein Bub namens „68.818“ 157

Jugendalltag: Begeisterung und Verweigerung 159
Wie erfasst der Nationalsozialismus die Schuljugend? 159
Wie mobilisiert die Hitler-Jugend Burschen und Mädchen? 167
Wie entziehen sich Jugendliche der „totalen Erziehung“? 174
Elfriede Ecker: Schülerin der „Napola“ 177
Anna Madlmayr: Ein Bauernkind an der „Heimatfront“ 179
Emil Kikinger: Ein „Schlurf“ aus der Provinz 181

„Volksgenossen“: Gemeinschaftskult und Eigensinn 183
Wie formt der Nationalsozialismus die Gesellschaft um? 183
Wie mobilisiert das NS-Regime die Menschen? 189
Wie organisiert das NS-Regime die alltägliche Versorgung? 198
Heinrich Fahrngruber: Ein fotografierender Wehrmachtssoldat 203
Theodor König: Ein Kaufmann als Opfer der „Entjudung“ 205
Anton Binder: Ein „Schwarzschlächter“ vor Gericht 207

„Gemeinschaftsfremde“: Zurichtung und Vernichtung 209
Was heißt „gemeinschaftsfremd“? 209
Wer gilt im NS-Staat als „asozial“? 210
Welche Maßnahmen werden gegen „Asoziale“ ergriffen? 213
Wer sind Roma und Sinti? 217
Wie werden Roma und Sinti im NS-Staat verfolgt? 218
Was geschieht im Lager Lackenbach? 219
Adam Milanovicz: Der „Bluthund von Oberlanzendorf“ 221
Franz Haschek: Verfolgt als „Asozialer“ 223
Cäcilia Gruber: Als „Zigeunermischling“ in den Fängen der Gestapo 225

„Endlösung“: Raubzug und Judenmord 227
Wie leben Juden und Nichtjuden vor 1938 zusammen? 227
Wo leben Juden und Jüdinnen in Niederösterreich? 230
Wie ergeht es der jüdischen Bevölkerung beim „Anschluss“? 231
Was passiert beim Novemberpogrom? 234
Was bedeutet „Arisierung“? 235
Wohin vertreiben die Nationalsozialisten die jüdische Bevölkerung? 239
Was ist unter der „Endlösung“ zu verstehen? 240
Was wissen die „Volksgenossen“ vom Judenmord? 241
Familie Zimmer: Mit Wohltätigkeit das Leben der Kinder gerettet 243
Emmy Katherine Mahler: „Woher kommen plötzlich all diese schrecklichen Menschen?“ 246
Josef Lande: Ein frommer Katholik jüdischer Herkunft 249

„Euthanasie“: Gesundheitswahn und Krankenmord 253
Was bedeutet „Euthanasie“ im Nationalsozialismus? 253
Was versteht man unter „Kindereuthanasie“? 256
Was geschah bei der „Aktion T4“? 257
Warum wird die „Aktion T4“ eingestellt? 260
War der Abbruch der „Aktion T4“ das Ende der NS-Euthanasie? 261
Waren alle Pflegekräfte willige Vollstrecker der NS-Euthanasie? 263

Emil Gelny: Der Massenmörder 265
Emilie Mayer: Pflegerin in Gugging, die sich dem Morden verweigert 267
Johann Mitterecker: Ein Bub auf dem „Spiegelgrund“ 269

Widerstand: Einzeltat und Gruppenaktion 271
Was ist Widerstand? 271
Wie bekämpft das NS-Regime den Widerstand? 272
Welche Gruppen von organisiertem Widerstand gibt es in Niederösterreich? 273
Karl Flanner: Widerstandskämpfer im Kommunistischen Jugendverband Wiener Neustadt 279
Emil Ifkovics und Franz Josef Fröch: Jungkommunisten und Deserteure aus Felixdorf 281
Stefanie Engler: Mitglied der Provinzkommission der KPÖ 283
Alois und Stefanie Hanig: Hilfeleistung für Juden durch Taufen 285
Roman Karl Scholz: Augustiner-Chorherr, Nationalsozialist, Widerstandskämpfer 287
Anna Goldsteiner: Die Unterstützerin der Schlurfs von Pulkau 289

Terrorfinale: Regimezerfall und Mordserien 293
Warum kommt es zu Endphaseverbrechen? 293
Wie verlaufen die Todesmärsche? 294
Was geschieht beim Massaker von Stein und Umgebung? 298
Was passiert beim „Standgericht“ in Schwarzau im Gebirge? 300
Maria Grausenburger: Unerschrockene Retterin von Verfolgten 303
Alois Baumgartner: Ein Fanatiker, der seine Kollegen ans Messer liefert 305
Johann Wallner: Ein skrupelloser HJ-Führer 307

Nach dem „Umbruch“ 309
Wie verlaufen Kriegsende und Befreiung? 309
Wie treffen Zivilbevölkerung und Rotarmisten aufeinander? 314
Warum kommt es zu massenhaften Vergewaltigungen? 317
Wie erleben Schulkinder das Kriegsende? 318

Wie verläuft der demokratische Wiederaufbau in Niederösterreich? 320
Was geschieht mit den (ehemaligen) Nationalsozialisten? 322
Gibt es eine „Wiedergutmachung“ für die Opfer der NS-Herrschaft? 325
Wie wird an die NS-Zeit erinnert? 328
Anton Burger: Ein NS-Täter auf der Flucht 331
Helene Gruber: Denunziert und verschleppt nach Ostsibirien 333
Peter Härtling: Das chaotische Leben eines Flüchtlingskinds 336

Anhang

Begriffe und Personen 341
Anmerkungen 361
Literaturverzeichnis 377
Personenregister 387
Ortsregister Niederösterreich 392
Danke 395
Die Autoren 396

Nach dem „Umbruch“

Wie verlaufen Kriegsende und Befreiung?

Die Niederlage der Deutschen Wehrmacht bei Stalingrad Anfang 1943 bringt den Umschwung. Immer mehr Menschen im NS-Staat zweifeln am Sieg des „Dritten Reiches“. Die NS-Propaganda reagiert darauf. Im Mittelpunkt steht nicht mehr die Gewinnung von Lebensraum für die „deutsche Volksgemeinschaft“, sondern die Abwehr der Bedrohung aus dem Osten. Den „jüdischen Bolschewismus“ gelte es aufzuhalten, die Verteidigung Europas sei nun das Ziel. Die Nationalsozialisten schließen ganz bewusst an traditionelle Bedrohungsbilder in der niederösterreichischen Bevölkerung an. In grellen Farben zeichnen sie die slawische Bevölkerung Osteuropas als „bolschewikische Untermenschen“; triebhaft, „kulturlos“ und unbarmherzig grausam.

Luftkrieg

Im Sommer 1943 wird Niederösterreich zum Kriegsgebiet. Am 13. August tauchen um etwa 14 Uhr mehrere Gruppen schwerer B-17- und B-24-Bomber der US-Army Air Force (USAAF) über Wiener Neustadt auf.[434] Sie werfen 187 Tonnen Sprengbomben auf Montagehallen, Lagerhäuser, Magazine, Hangars und Eisenbahnanlagen im Bereich der Wiener Neustädter Flugzeugwerke ab. Es ist der erste Fliegerangriff auf ein Ziel in Österreich.

Die Verluste sind enorm: 185 Tote, 150 Schwer- und 700 Leichtverletzte. Im September intensivieren britische, vor allem aber US-amerikanische Bomber ihre Angriffe auf Ziele in Süddeutschland und Österreich. In Niederösterreich zählen die Rüstungsbetriebe im Süden Wiens, die Erdölgemeinden im Weinviertel, die Raffinerie Moosbierbaum im Tullnerfeld, St. Pölten und Amstetten sowie allgemein größere Bahnhöfe zu den Hauptangriffszielen.

Fieberhaft verstärken Soldaten der Wehrmacht und NS-Funktionäre die Fliegerabwehr. Vor allem im Süden Wiens richten die bei den Alliierten gefürchteten Fliegerabwehrkanonen (Flak) ihre Rohre in den Himmel. Eilends werden Luftschutzräume ausgebaut und Splitterschutzgräben angelegt. Auf Plätzen und in Parks errichten Arbeitskommandos Löschwasserbecken. Rüstungsbetriebe werden dezentralisiert, KZ-

→ Der Luftschutz-Bunker unter dem Kollerberg in St. Pölten. Aufnahme von 2015. (Thomas Lösch)

→→ Schon bei Kriegsbeginn 1939 beginnt die Unterweisung der Zivilbevölkerung in Luftschutzangelegenheiten. Broschüre, 1939. (Stadtmuseum St. Pölten)

Häftlinge treiben Stollen unter die Erde, in die immer mehr Fertigungshallen verlegt werden.

15- bis 17-jährige Gymnasiasten und Oberschüler müssen als Luftwaffenhelfer Kriegsdienst leisten. Sie werden nach Schulen zugeteilt und später auch als reguläre Soldaten bei Erdkämpfen eingesetzt. Die ersten Flakhelfer fallen im April 1944 in Wiener Neustadt und Bad Vöslau.

Nach der Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944 werden die verfügbaren Jagdflugzeuge abgezogen und an diese Front verlegt. Der Luftraum über Niederösterreich gehört jetzt gänzlich den Piloten der US-Bomber, unter die sich gegen Kriegsende auch sowjetische Bombenflugzeuge und Tiefflieger mischen. Die Maschinen der Amerikaner haben vor allem Ziele der Verkehrs-, Treibstoff- und Rüstungsindustrie im Visier. Dennoch fällt der Großteil der Bomben auf Wohngebiete. Um der Flak zu entgehen, werfen die Piloten die Bomben aus großer Höhe und oft noch vor Erreichen ihrer Ziele ab. Selbst bei gutem Wetter liegt die Treffergenauigkeit nur bei etwa 40 Prozent.

Seit Herbst 1944 vergeht kaum ein Tag ohne Fliegeralarm. Die Menschen in Städten und stadtnahen Regionen lassen den ganzen Tag das Radio an. Dort ertönt der Ruf des Kuckucks, wenn die Bomber im Anflug sind. Im Gebiet um Mödling gibt es zwischen August 1943 und Kriegsende 1945 164 Mal Fliegeralarm. Der vierjährige Karlheinz Pilcz läuft mit seiner Mutter durch die halbe Stadt zum Bunker: „Die Straßen von Mödling waren nach einem Flieger-Voralarmzeichen voll mit Massen von laufenden Leuten. Jeder hatte Angst um sein Leben. Manchmal stolperten Kinder, aber auch Erwachsene, die zu schnell gelaufen waren, und fielen hin, standen aber gleich darauf

↙ Bahnhöfe als Verkehrsknotenpunkte und Umschlagplätze von Menschen und Gütern zählen bei Luftangriffen zu den Hauptzielen. Das Bahngelände in Amstetten ist ein Trümmerfeld, März/April 1945. (Stadtarchiv Amstetten)

↓ Die Anlegung von Löschteichen ist eine Maßnahme des Luftschutzes. Auch am St. Pöltner Rathausplatz befindet sich so ein Teich. (Stadtarchiv St. Pölten)

wieder auf und liefen mit blutenden Knien oder Ellbogen weiter. Alte Leute und Krüppel humpelten, auf Stöcke und Krücken gestützt, so schnell sie nur konnten durch die Gassen. Mütter mit schreienden Babys in den Armen und riesigen Rucksäcken auf den Rücken hetzten durch die Menge. Sirenen heulten pausenlos, und es herrschte überall ein Gewirr und ein erregtes Durcheinander von Menschen, das immer mehr zunahm, je näher man zu einem der Bunker kam.“[435]

Der Luftkrieg in Niederösterreich hinterlässt im Rüstungszentrum Wiener Neustadt die tiefsten Spuren. Von allen Städten Österreichs hat Wiener Neustadt die größten Kriegsschäden aufzuweisen. Bei 29 Angriffen werden 55.000 Bomben auf die Stadt abgeworfen. Es gibt an die 900 Tote, 90 Prozent der Gebäude sind zerstört oder beschädigt. In St. Pölten fordern zehn Angriffe mindestens 600 Tote.

Erdkampf

Am 30. März 1945 betreten alliierte Kampfeinheiten erstmals niederösterreichischen Boden.[436] Bei Wiesmath, im Südosten des Landes, drängen Soldaten der 3. Ukrainischen Front von Marschall Fedor I. Tolbuchin Einheiten der Heeresgruppe Süd der Deutschen Wehrmacht zurück. Am 2. April stehen sie in Wiener Neustadt, am 13. April ist Wien gefallen. Gegen den ausdrücklichen Befehl Hitlers hat sich die Wehrmacht aus

In der Nähe von Kirchschlag in der Buckligen Welt überschreiten die ersten Soldaten der Roten Armee die Grenze Niederösterreichs. Die Aufnahme zeigt ein sowjetisches Sturmgeschütz mit Soldaten in Kirchschlag, links ein Hinweisschild in kyrillischen Lettern: „Austria“. (TsAMO Moskau via Sammlung Markus Reisner)

der Stadt zurückgezogen, um der drohenden Einschließung zu entgehen. Nördlich der Donau, im Weinviertel, operiert die 2. Ukrainische Front unter Marschall Rodion J. Malinowskij gegen die bereits stark geschwächte 8. Deutsche Armee. Die Rotarmisten setzen am 9. April über die March. In sehr verlustreichen Kämpfen können sie bis Ende des Monats aber nur bis zur Linie Korneuburg –Niederfellabrunn – Stronsdorf – Hanfthal – Laaer Becken vorstoßen.

Die Nerven der Soldaten sind aufs Äußerste angespannt. Bei der Wehrmacht häufen sich die Desertionen. Die Angehörigen der Feldgendarmerie tragen Metallplaketten um den Hals, deshalb bezeichnen die Soldaten sie als „Kettenhunde". Sie exekutieren jeden, der sich unerlaubt von der Truppe entfernt. Manchmal gehen ihnen ganze Gruppen von Fahnenflüchtigen ins Netz. Robert Maukner kommt in der Nacht des 20. April 1945 am Ochsenwagen seiner Eltern in den Bezirk Korneuburg: „Beim Erreichen des Ortes Großmugl sagte unsere Mutter, wir dürften nicht von der Plane hervorschauen! Wir taten es aber trotzdem und sahen, wie auf den Telefonmasten deutsche Soldaten aufgehängt waren, sie hatten eine Tafel mit der Aufschrift ‚Ich bin Deserteur'."[437]

Südlich der Donau erhält Tolbuchin den Befehl, nach Westen bis an die Traisen vorzurücken. Bis 15. April gelingt der Vorstoß. Die Sowjets erreichen St. Pölten und stellen dort die Kämpfe ein. Ende April herrscht dann auch im Süden Niederösterreichs gespenstische Ruhe. Tagtäglich rechnet man mit der Kapitulation. Am 6. Mai überschreiten erste US-amerikanische Spähtrupps, von Westen kommend, die Enns.

Sterbebildchen des Volkssturmmannes Karl Schwarz aus Wiesmath. Der 18-Jährige wurde mit seinem Kameraden Karl Reithofer am 1. April 1945 in Frohsdorf wegen Desertion erschossen. (Verein Gemeinsame Region Bucklige Welt, Herbert Swoboda)

Die erste Siegesfeier von Sowjets und US-Amerikanern findet in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 im Haus „Scheichelbauer" in Erlauf (Bezirk Melk) statt. Die Generäle Stanley E. Reinhart (65. Infanterie-Division) und Daniil A. Dritschkin (7. Garde-Luftlandedivision) stehen einer Propagandaaufnahme zur Verfügung. (Museum Erlauf erinnert)

Generaloberst Lothar Rendulic befiehlt die Einstellung der Kämpfe gegen die Amerikaner und den Rückzug nach Westen. Auch die Wehrmachtseinheiten im Weinviertel haben Order, sich nach Westen abzusetzen, um der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu entgehen.

Am Nachmittag des 8. Mai 1945 kommt es in Strengberg zur Vereinigung von Sowjets und Amerikanern; der Krieg ist aus.

Wie treffen Zivilbevölkerung und Rotarmisten aufeinander?

Im Frühjahr 1945 gleicht Niederösterreich einem Heerlager.[438] Die Hauptverkehrsrouten sind verstopft mit zurückflutenden Soldaten und vorwärtsdrängenden „volksdeutschen“ Flüchtlingen, auf Nebenstraßen schleppen sich die ausgemergelten Gestalten der Todesmärsche dahin. Vor allem seit Ende 1944 wälzen sich immer wieder neue Ströme von Flüchtlingen und Evakuierten durch die Dörfer und Märkte. Das rassistische Terrorregime der Nationalsozialisten hat insbesondere in Mittel- und Osteuropa ein weiteres Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen unmöglich gemacht. Der Hass der Sowjets auf alles, was „deutsch“ ist, ist groß. Hals über Kopf müssen die Angehörigen der „volksdeutschen“ Minderheiten Haus

Der Reichsstatthalter in Niederdonau und Gauleiter der NSDAP Niederdonau, Hugo Jury, nimmt sich zu Kriegsende in Zwettl das Leben. (Stadtarchiv Zwettl)

und Hof verlassen, um sich vor der heranrückenden Roten Armee in Sicherheit bringen.

Den Aufrufen der NS-Behörden, die Häuser und Wohnungen zu verlassen und in den Westen zu den Amerikanern zu fliehen, leisten nur wenige Folge. Zumeist ist es die örtliche Parteielite, die sich rechtzeitig absetzt. Auch der einst mächtigste Mann in Niederösterreich, Gauleiter Hugo Jury, verlässt Wien Richtung Westen. In Zwettl nimmt er sich am Tag der Kapitulation das Leben. Viele überzeugte Nationalsozialisten tun es ihm gleich. Der Landrat von Horn, Johann Streb, rottet fast seine ganze Familie aus. Er erschießt seine Frau, seine dreijährige Tochter, den fünfjährigen Sohn und sich selbst. Sein erstgeborener Sohn ist bereits erwachsen. Beim Anblick seiner blutüberströmten Familienangehörigen tötet auch er sich.[439]

Die meisten NiederösterreicherInnen erwarten die Rote Armee mit sehr gemischten Gefühlen. Zum einen sehnen sie das Ende von Krieg und Entbehrungen herbei, zum anderen haben sie die entsetzlichen „Russenbilder" der NS-Propaganda im Kopf. Dazu kommt die Angst, dass die Rotarmisten für Verbrechen Rache nehmen könnten, die Teile der Wehrmacht, SS und Einsatzgruppen in deren Heimat verübt haben.

Für den größten Teil der einheimischen Bevölkerung bedeutet die Ankunft der Roten Armee den Beginn einer Phase ständiger Unsicherheit. Vor allem die ersten Wochen der Besatzung erleben viele als Willkürherrschaft, in der sämtliche Regeln eines berechenbaren Zusammenlebens außer Kraft gesetzt scheinen. Die Rotarmisten wiederum kommen in dem Wissen, dass „die Deutschen" ihre Heimat in Schutt und Asche gelegt haben. Die Bevölkerung der Sowjetunion hat die Hauptlast des Zweiten Weltkrieges getragen. Fast jeder Soldat hat zuhause den Tod von Familienangehörigen zu beklagen, viele haben alles verloren. Kein anderes Land wurde derart verwüstet. Die Rotarmisten sehen den relativen Wohlstand der Menschen in Niederösterreich; Erstaunen mischt sich oft mit Wut.

Die Erfahrungen der einheimischen Bevölkerung mit sowjetischen Soldaten sind unterschiedlich. Die damals zwölfjährige Hildegard Planckh schildert sechzig Jahre später ihr erstes Zusammentreffen mit den Rotarmisten. Ihre Mutter findet mit ihr Quartier in einem Weinkeller, „(…) wo sich schon ein paar Leute aufhielten. Unter anderem ein einziger Mann, der uns beruhigte und meinte, er könne sich mit den Russen verständigen. Als sie kamen und er kaum ein paar Sätze gesprochen hatte, wurde er niedergeschossen. Erst später verstand ich, warum sich die Frauen in alte Fetzen kleideten und sich mit Dreck beschmierten und sie die jüngeren am Dachboden versteckten."[440]

Die Bandbreite der Erfahrungen reicht von traumatischen Erlebnissen durch Plünderungen und Vergewaltigungen über die Pflege von Tauschhandelsbeziehungen bis hin zur vielzitierten Kinderfreundlichkeit und zu Liebesbeziehungen. Besonders überrascht die Religiosität mancher Sowjets, die in scharfem Gegensatz zu den gängigen „Russenbildern" steht.

Der Landrat von Horn, Johann Streb, mit Frau und Sohn Walter. Vor der Ankunft der Roten Armee erschießt Streb fast seine gesamte Familie und tötet sich anschließend selbst. (Stadtarchiv Horn)

Entscheidend für das Verhältnis zwischen Zivilbevölkerung und Sowjets sind die Faktoren Zeit und – wenn auch nicht immer wirksam – eine wenigstens ansatzweise Kenntnis der jeweils anderen Sprache. Bleiben die einquartierten Rotarmisten länger im Haus, erhalten sie allmählich Kontur und Individualität. Durch die häufigen Wechsel der sowjetischen Soldaten im Ort steht diese Zeit zum gegenseitigen Kennenlernen allerdings selten zur Verfügung. Die Beziehung zwischen Rotarmisten und Zivilbevölkerung sind daher zumeist oberflächlich und von gegenseitigem Misstrauen geprägt.

Nach der Befreiung bleibt die Situation unübersichtlich, ja chaotisch. Kurzfristig stehen 400.000 Rotarmisten im Land. Dazu kommen etwa 100.000 ehemalige ZwangsarbeiterInnen, die nach Hause wollen oder repatriiert werden sollen. Sie sind in provisorischen Sammellagern untergebracht und können kaum mit dem Nötigsten versorgt werden. Allerorten trifft man auf Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene. Ende Mai und Anfang Juni treiben Milizen der wiedererrichteten Tschechoslowakei Tausende Deutschsprachige aus Brünn, Iglau und Südmähren über die Grenze. Sie kommen mit dem, was sie am Leib haben. Nur wer dringend gebraucht wird, kann bleiben. Die meisten werden rasch nach Deutschland weitergeschleust.

Erst im Spätsommer 1945 entspannt sich die Lage allmählich. Die Sowjets halbieren ihre Truppenstärke, die „wilden Vertreibungen“ in der Tschechoslowakei werden von geregelten Formen des Abschubs abgelöst; die Sicherheitsverhältnisse bessern sich langsam.

Warum kommt es zu massenhaften Vergewaltigungen?

Wie in anderen Kriegen, wird auch zu Ende des Zweiten Weltkriegs in Niederösterreich wahllos vergewaltigt.[441] Bedroht ist ohne Unterschied des Alters fast die gesamte weibliche Bevölkerung. Genaue zahlenmäßige Angaben über Vergewaltigungen in Niederösterreich gibt es nicht. Im östlichen Niederösterreich nehmen Vergewaltigungen in den ersten Wochen nach der Befreiung jedenfalls massenhafte Ausmaße an. Anteile vergewaltigter Frauen von bis zu 60 Prozent der weiblichen Bevölkerung werden aus manchen Ortschaften gemeldet. Überwiegend aufgrund von Vergewaltigungen steigt in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Anzahl geschlechtskranker Frauen und Mädchen sprunghaft an. 1945 werden in Niederösterreich 50.903 Trippererkrankte und 2.060 an Syphilis Erkrankte erfasst und in Behandlung genommen. Der allergrößte Teil betrifft Frauen. Zahlreiche ungewollte Schwangerschaften zählen zu den Folgen von Vergewaltigungen. Obwohl das Verbot der Abtreibung in der österreichischen Rechtsordnung offiziell nicht außer Kraft gesetzt ist, werden unter Einschaltung diverser Behörden und Dienststellen bis Mitte 1946 immer wieder Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt.

Die Auseinandersetzung zwischen den Soldaten der verfeindeten Armeen wird auch über die Körper der Frauen ausgetragen. Die „archaisch-patriarchale" Logik dahinter lautet, die Frauen als den vermeintlichen Besitz der feindlichen Männer zu „schänden" und dadurch zu „entwerten". Den gegnerischen Soldaten soll damit deren Machtlosigkeit vor Augen geführt werden; auch der Wunsch, den Stolz der selbsternannten „Herrenrasse" zu brechen, könnte hier eine Rolle gespielt haben. Die Heftigkeit der Kämpfe ist ebenfalls von Bedeutung. Sexuelle Gewalt an Frauen ist dort verbreitet, wo die militärischen Auseinandersetzungen besonders erbittert sind: im östlichen Niederösterreich, wo die Rote Armee kämpfend einrückt und die Front mitunter hin- und herwogt. Darüber hinaus bedeuten die anfangs sehr häufigen Truppenbewegungen der Roten Armee ein erhöhtes Sicherheitsrisiko. In den unübersichtlichen Situationen unmittelbar nach Um- und Neueinquartierungen kommt es häufiger zu Gewaltexzessen.

Die Nähe einer Kommandantur oder die Einquartierung sowjetischer Offiziere oder Soldaten erweist sich oft als wirksamer Schutz für Frauen und Mädchen. Diese bisweilen als „Hausrussen" bezeichneten Sowjets übernehmen vielfach auch Schutzfunktionen für „ihr" Haus und die darin Wohnenden. Positiv in Erinnerung geblieben sind die im Allgemeinen wohlsituierten sowjetischen Offiziere, um die sich Quartiergeber nicht selten aktiv bewerben.

Wie erleben Schulkinder das Kriegsende?

Die Erinnerungen von Kindern liegen vielfach quer zur offiziellen Erinnerungskultur.[442] Sie relativieren die Bedeutung des zentralen politischen Einschnittes 1945 und betonen den Zusammenhang der als „Umbruchszeit“ bezeichneten Periode vom Beginn des Bombenkrieges in Niederösterreich 1943 bis zur Wiederherstellung einigermaßen stabiler Sicherheits- und Ernährungsverhältnisse 1948. Wesentliche Rahmenbedingungen für die Lebensverhältnisse der Kinder sind die teilweise Auflösung traditioneller Erziehungs- und Kontrolleinrichtungen wie Familie und Schule sowie die zahlreichen Mangel- und Grenzerfahrungen in dieser Periode.

Im Verlauf des Krieges wird die niederösterreichische Zivilbevölkerung zunehmend zur vaterlosen Gesellschaft. Nach der Niederlage bei Stalingrad 1943 müssen immer mehr Väter zur Wehrmacht. Viele bleiben auf den Schlachtfeldern Europas, andere kehren erst nach Jahren der Gefangenschaft zurück. Die Mütter sind mit der Überlebensarbeit für ihre Familien vollauf beschäftigt, die Kinder in vielen Fällen sich selbst überlassen.

→ Kriegskinder: Der fünfjährige Karl Schwarzer aus Lanzenkirchen mit dem Stahlhelm und Bajonett seines Vaters während dessen Fronturlaub 1941. (Verein Gemeinsame Region Bucklige Welt, Herbert Swoboda)

→→ Viele Buben erleben die Zeit des Kriegsendes als abenteuerliche Phase außergewöhnlich großer Freiheit. Die Buben Johann Riegler, Walter Beisteiner, Franz Wieser und Karl Schiessl mit einer einfachen Panzersperre in Hochneukirchen. (Verein Gemeinsame Region Bucklige Welt, Johann Riegler, Hochneukirchen)

Auch die Schule kann ihre Erziehungs- und Kontrollfunktion nur noch sehr eingeschränkt wahrnehmen. Immer mehr Lehrkräfte sind bei der Wehrmacht oder beim Arbeitsdienst. Als Ersatz kommen junge, unerfahrene Lehrerinnen oder aus der Pension reaktivierte Lehrkräfte, die von den Kindern häufig nicht allzu ernst genommen werden. Der Lehrermangel dauert nach Kriegsende an, weil Lehrkräfte im Krieg gefallen oder wegen ihrer NS-Parteimitgliedschaft außer Dienst gestellt sind. Unzählige Sammlungen für Zwecke der Partei und der Kriegsführung durchlöchern gegen Ende der NS-Zeit den Unterricht. Die zunehmenden Fliegerangriffe verkürzen oder verhindern einen geregelten Schulbetrieb. Gegen Kriegsende können viele Schulen nicht für den Unterricht genutzt werden. Teils sind sie zerstört, teils dienen sie als Not-Quartiere für Soldaten, Flüchtlinge und Vertriebene oder als Lazarette.

Für die Kinder tun sich dadurch Freiräume auf. Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind offenkundig. Vor allem Buben können das „Kontroll-Loch" der „Umbruchszeit" für ihre Zwecke zu nutzen und erinnern diese Phase vielfach als lebensgeschichtlich einzigartige Periode weitgehend selbstbestimmter Existenz. „Ich meine, wir haben eine schöne Jugendzeit gehabt", erzählt der damals 15-jährige Josef P. aus dem Weinviertel. „(…) und im 45er Jahr, in der Russenzeit, waren wir auch die ‚Chefs', weil wir Jugend waren, uns haben die Russen nichts getan, nicht, uns haben die Russen nichts getan. Wir sind arbeiten gegangen zu ihnen, haben etwas zu Essen gekriegt und alles (…)."

Die Ausweitung ihrer Freiräume erleben Kinder positiv, als großes Abenteuer. Doch die Not zwingt sie, insbesondere im städtischen Bereich, rasch erwachsen zu werden, mit den Erfahrungen des Mangels und des Hungers fertigzuwerden, nicht nur auf sich, sondern auch auf Familienangehörige zu schauen und für deren Ernährung mitverantwortlich zu sein. Nicht selten müssen die Älteren ihren Geschwistern Vater oder Mutter ersetzen. Kindern und Jugendlichen, die unter „normalen" Bedingungen aufwachsen, sind sie daher oft weit voraus.

Auf Kosten der ausländischen Arbeitskräfte im Deutschen Reich und durch die Ausbeutung der besetzten Gebiete können die Nationalsozialisten die Lebensmittelversorgung der „VolksgenossInnen" lange Zeit aufrechterhalten. Erst zu Kriegsende verschlechtern sich die Lebensbedingungen auch für die Einheimischen. Darunter leiden besonders die Kinder. 1946 sind knapp 60 Prozent der niederösterreichischen Kinder unterernährt; viele leiden wegen Vitaminmangel an Rachitis. Folge der schon länger andauernden Ernährungsprobleme ist eine starke Ausbreitung der Tuberkulose in der gesamten Bevölkerung. Noch im März 1948 gibt es in Niederösterreich rund 40.000 tuberkulös Erkrankte.

Die Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen erfolgt auch wegen eklatanter Mängel an Wohnraum und Bekleidung. Durch Einquartierungen von Besatzungssoldaten und Bombenschäden sind viele Menschen gezwungen, auf engstem Raum zusammenzuleben. Nur zwei Drittel aller Kinder in Niederösterreich besitzen 1946 ein eigenes

Kriegskinder leben gefährlich. Am 14. Mai 1945, kaum eine Woche nach Kriegsende, finden die Buben Anton und Fritz Weigl, Alfred Henninger, Otto Scharl und Franzi Mayer aus Unter-Radlberg bei St. Pölten das Geschoß einer Panzerfaust. Als sie es ablegen, detoniert es. Nur Fritz Weigl überlebt. (Stadtmuseum St. Pölten)

Bett; in den Bezirken Amstetten und Baden hat nicht einmal jedes fünfte Kind eine eigene Schlafstatt. Vierzig Prozent der niederösterreichischen Schulkinder besitzen keinen Wintermantel und die Hälfte hat keine festen Schuhe. Viele Kinder tragen notdürftig zusammengeschneiderte ehemalige Uniformkleidung, andere laufen das ganze Jahr über in kurzen Hosen.

Wie verläuft der demokratische Wiederaufbau in Niederösterreich?

Drei Wochen vor dem offiziellen Kriegsende beauftragen die Sowjets den ehemaligen Bauernbunddirektor Leopold Figl mit dem Wiederaufbau des NÖ Bauernbundes, um die Nahrungsmittelversorgung Wiens und der Industriegebiete Niederösterreichs sicherzustellen.[443] Figl gilt den Sowjets als vertrauenswürdig. Er hat vier Jahre in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg verbracht. Nach dem missglückten Bombenattentat Stauffenbergs auf Hitler 1944 ist er, ohne mit der Aktion etwas zu

tun zu haben, abermals verhaftet worden und hat im Wiener Landesgericht auf seinen Prozess gewartet. Als die Rote Armee auf Wien rückt, lässt der stellvertretende Kommandant im Landesgericht alle Häftlinge frei. Mit Zustimmung der Sowjets bildet Figl am 17. April 1945 im niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrengasse zusammen mit dem Sozialdemokraten Oskar Helmer und unter Zuziehung des Kommunisten Otto Mödlagl die Grundlage für eine provisorische Landesregierung für Niederösterreich.

Der Aufbau ziviler Strukturen steht vor enormen Herausforderungen. Die NS-Verwaltung hat zu existieren aufgehört, weil viele Parteimitglieder nicht mehr zum Dienst erscheinen. Die Zentrale in Wien hat keinen Kontakt mit den einzelnen Landesteilen. In den Gemeinden bestellen die Kommandanten der Roten Armee die Bürgermeister; mitunter ernennen sich Bezirkshauptleute und Gemeindeleitungen auch selbst.

Noch vor dem offiziellen Kriegsende bilden sich die drei demokratischen Parteien in Niederösterreich: die Österreichische Volkspartei (ÖVP) als Nachfolgerin der Christ-

Die Mitglieder des Provisorischen Landesausschusses Leopold Figl, Oskar Helmer und Otto Mödlagl bereisen zu Kriegsende das Land und leiten den Wiederaufbau der Verwaltung in die Wege. Im Volksmund sind sie bald als „Dreieinigkeit“ bekannt. (Niederösterreichische Landesbibliothek)

lichsozialen Partei der Zwischenkriegszeit unter dem St. Pöltner Baumeister Julius Raab, die Sozialistische Partei (SPÖ) unter dem ehemaligen Landeshauptmannstellvertreter Oskar Helmer und die Kommunistische Partei (KPÖ) unter Otto Mödlagl. Am 9. Mai 1945 wird als Vorläufer der Landesregierung der provisorische Landesausschuss gegründet. Figl wird provisorischer Landeshauptmann. Er sieht sich als Platzhalter für den 1938 abgesetzten Landeshauptmann Josef Reither, der bis 1941 im KZ Dachau, nach dem Stauffenberg-Attentat im KZ Ravensbrück inhaftiert war und erst im Juli 1945 in seinen Heimatort Langenrohr bei Tulln zurückkehrt. Reither entstammt ebenfalls dem NÖ Bauernbund. Mitte Oktober 1945 löst er Figl als Landeshauptmann ab.

Am 25. November 1945 sind die NiederösterreicherInnen nach 13 Jahren wieder aufgerufen, einen Landtag zu wählen. Mehr als 80.000 ehemalige Nationalsozialisten sind zur Wahl nicht zugelassen. Siegerin wird die ÖVP, die mit 55 Prozent der gültigen Stimmen die von den Christlichsozialen 1932 verlorene absolute Mehrheit zurückholt. Die Sozialisten legen im Vergleich zu 1932 ebenfalls zu und kommen auf 40 Prozent. Die KPÖ erreicht 5 Prozent und kann damit ihr Ergebnis von 1932 fast verfünffachen. Für die sowjetische Besatzungsmacht und die Kommunisten ist das Abschneiden dennoch enttäuschend, weil sich die einen als Befreier und die anderen als jene sehen, die den Hauptanteil des österreichischen Widerstandes gegen die Nationalsozialisten gestellt haben. Viele WählerInnen, vor allem am Land, sehen in der KPÖ aber vor allem eine „Russenpartei“ und lasten ihr eine Mitschuld an den Übergriffen der Roten Armee in den Wochen des Kriegsendes an.

Was geschieht mit den (ehemaligen) Nationalsozialisten?

Die demokratischen Parteien betonen insbesondere zu Beginn der Zweiten Republik ihre antifaschistische Grundeinstellung.[444] Zwei Gesetze bilden die Grundlage für den Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten. Sie stellen eine große Gruppe der Bevölkerung unter ein Sonderrecht und müssen daher als Verfassungsgesetze beschlossen werden.

Bereits am 8. Mai 1945, am Tag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, erlässt die Regierung das „Verbotsgesetz“, am 26. Juli 1945 folgt das „Kriegsverbrechergesetz“. Das Verbotsgesetz erklärt die NSDAP, deren Wehrverbände und alle anderen nationalsozialistischen Organisationen für aufgelöst und stellt jede Wiederbetätigung bis heute unter Strafe. Es verpflichtet alle, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945 der NSDAP oder einer ihrer Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK) angehört haben, sowie alle, die sich damals um eine Aufnahme in Partei oder SS beworben haben, zur

Registrierung. Die Betroffenen müssen ihre Registrierung in den Listen der Gemeindeämter selbst durchführen. Wer das unterlässt oder unrichtige Angaben macht, wird bestraft. Kommissionen bei den Behörden und Arbeitsämtern entscheiden über die Folgen der Registrierung, also über Entlassungen und die Verhängung von Berufsverboten. Darüber hinaus werden ehemalige NationalsozialistInnen zu Aufräumarbeiten oder zu Exhumierungen von sowjetischen Gefallenen und ermordeten ZwangsarbeiterInnen herangezogen. Anders als die US-Amerikaner, mischen sich die Sowjets nur wenig in die Entnazifizierung ein. Sie führen außerhalb Wiens knapp 900 Verhaftungen durch; ihre Eingriffe scheinen allerdings oft unsystematisch und willkürlich.

Bis April 1948 lassen sich in Niederösterreich 81.763 Personen registrieren. Mit 6,4 Prozent der Bevölkerung liegt das Land unter dem österreichischen Durchschnitt von 7,5 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt ist der anfängliche Elan der Entnazifizierung bereits merklich zurückgegangen. Dafür sind mehrere Entwicklungen maßgeblich. Erstens trägt der beginnende globale „Kalte Krieg“ zwischen West und Ost dazu bei, dass der antifaschistische Grundkonsens der demokratischen Parteien durch ein antikommunistisches Bündnis von SPÖ und ÖVP überlagert wird. Zweitens stellen die „minderbelasteten“ ehemaligen Nationalsozialisten ein zahlenmäßig bedeutendes

Wie bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen stellen sich die meisten Nationalsozialisten auch in Niederösterreich bloß als Mitläufer dar. Sie hätten nur ihre Pflicht erfüllt und keinen Grund, sich mit ihrer Verstrickung in eine menschenverachtende Diktatur auseinanderzusetzen. (Neues Österreich, 20. Juli 1946)

Potential von Wählerinnen und Wählern dar, um das die beiden Großparteien werben. Und drittens sprechen sich auch weite Teile der Bevölkerung für ein Ende der Sühnemaßnahmen gegen „MitläuferInnen“ aus. Die große Mehrheit der Registrierten wird 1948 amnestiert. Nur für 7.656 „Belastete“, im Wesentlichen NSDAP-Funktionäre vom Zellenleiter aufwärts und Angehörige der SS, bleiben die Einschränkungen beim Wahlrecht, der Bekleidung öffentlicher Ämter, der Ausübung bestimmter Berufe oder der Auszahlung staatlicher Renten bis zur Generalamnestie 1957 aufrecht.

1949 können an der mit Spannung erwarteten Landtagswahl erstmals auch die „Minderbelasteten“ teilnehmen. Mit dem „Verband der Unabhängigen“ (VdU), der als „Wahlpartei der Unabhängigen“ antritt, kandidiert überdies eine Fraktion, die sich als Sammelbecken der ehemaligen Nationalsozialisten versteht. Doch in Niederösterreich fällt der VdU glatt durch. Die Mehrzahl der ehemaligen Nationalsozialisten wechselt zu etwa gleichen Teilen zur SPÖ und ÖVP. Während der VdU in allen Landtagen vertreten ist und in seiner Hochburg Oberösterreich mehr als 20 Prozent erreicht, verfehlt er in Niederösterreich mit 4,4 Prozent der gültigen Stimmen den Sprung in das Landesparlament.

Das Kriegsverbrechergesetz ist die Grundlage der gerichtlichen Entnazifizierung. Die Beschuldigten müssen sich vor so genannten Volksgerichten verantworten. Ihnen werden Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegshetze, Quälerei, Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde, Deportation, Denunziation, Hochverrat, „Illegalität“, missbräuchliche Bereicherung (etwa im Zusammenhang mit „Arisierungen“) oder die Übernahme hoher Funktionen in der NSDAP (vom Kreisleiter aufwärts) vorgeworfen. Für Niederösterreich ist das Volksgericht Wien zuständig, dessen Wirkungsbereich die gesamte sowjetische Besatzungszone umfasst, also auch Wien, das Burgenland und das oberösterreichische Mühlviertel. Die dort tätigen Berufs- und Laienrichter absolvieren ein enormes Arbeitspensum. Bis zur Abschaffung der Volksgerichte nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 werden in Wien 52.601 Verfahren abgewickelt. Bei 11.230 Personen erfolgt ein Urteil, 6.701 Angeklagte sprechen die Richter schuldig. In 28 Fällen wird die Todesstrafe durch Erhängen vollzogen.

Anfangs ist das Interesse an den Prozessen groß. Mehr als 90 Prozent der Schuldsprüche fallen bis Anfang 1949. Größtes Aufsehen erregt das Verfahren gegen die Massenmörder von Stein. Die Hauptverhandlung gegen den Kremser SA-Standartenführer Leo Pilz und 14 Mitangeklagte erstreckt sich fast über den gesamten August 1946. Über 100 Frauen und Männer sind als Zeugen geladen, sie berichten unvorstellbare Details des Massakers. Am 30. August verkündet der vorsitzende Richter, Oberlandesgerichtsrat Otto Hochmann, das strengste Urteil, das ein österreichisches Volksgericht je gefällt hat: Leo Pilz, Alois Baumgartner, Anton Pomaßl, Franz Heinisch und Eduard Ambrosch werden zum Tod, fünf Mitangeklagte zu lebenslänglichem, ein Mitangeklagter zu drei Jahren Kerker verurteilt. Vier Mitangeklagte spricht das Gericht frei.

Der Kremser SA-Standartenführer Leo Pilz und Mitangeklagte des Massakers von Stein vor dem Wiener Volksgericht. Die Beschuldigten tragen Nummerntafeln. Angeklagter Nr. 1 ist der später hingerichtete Leo Pilz. (Neues Österreich, 6. August 1946)

Der spektakuläre Prozess markiert den Beginn einer Wende in der Geschichte der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Das öffentliche Interesse an der Tätigkeit der Volksgerichte lässt spürbar nach. Vor allem bürgerlichen Zeitungen stellen die Volksgerichte zunehmend in Frage. Immer mehr Menschen wollen einen Schlussstrich unter die NS-Zeit ziehen. Das letzte Todesurteil des Volksgerichtes Wien wird 1950 vollstreckt. Nach dem Abzug der Alliierten schafft die Regierung die Volksgerichte sofort ab. Danach führen ordentliche Gerichte bis in die 1970er Jahre noch einige Verfahren gegen NS-TäterInnen durch, zumeist enden sie mit Freisprüchen.

Gibt es eine „Wiedergutmachung“ für die Opfer der NS-Herrschaft?

Tatsächlich werden im Verlauf der Zweiten Republik symbolische und materielle „Wiedergutmachungsleistungen“ erbracht. Zum einen handelt es sich um Rückstellungen von Vermögenswerten durch Rückstellungsgesetze und Sammelstellen, zum anderen um Fürsorgemaßnahmen im Rahmen der Opferfürsorgegesetzgebung.

Festzuhalten ist aber, dass diese staatlichen Maßnahmen zu Beginn der Zweiten Republik sehr lückenhaft sind und vielfach erst auf erheblichen Druck der Alliierten erfolgen. Hauptgrund für die widerwillig-halbherzige „Wiedergutmachung“ ist der Umstand, dass sich der Staat Österreich und mit ihm die österreichische Bevölkerung als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression sieht und die Mitverantwortung für die NS-Verbrechen ausblendet. HistorikerInnen bezeichnen dieses Geschichtsbild als „Opfermythos“. Dieser Mythos vermischt Zutreffendes – Österreich hat als Staat

zwischen 1938 und 1945 nicht existiert – mit Falschem: Alle ÖsterreicherInnen sind unschuldige Opfer der NS-Herrschaft. Darüber hinaus lässt der Opfermythos die wahren NS-Opfer entweder unerwähnt oder bringt sie zum Verschwinden, indem er sie mit gefallenen Wehrmachtssoldaten und Opfern des Krieges gleichsetzt.

Rückstellungen

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus geht es auch darum, geraubtes Vermögen den rechtmäßigen BesitzerInnen zurückzugeben. Zu diesem Zweck verabschiedet der Nationalrat zwischen 1946 und 1949 insgesamt sieben Rückstellungsgesetze. Der ehemalige Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich und neue Innenminister, Oskar Helmer (SPÖ), tritt im Ministerrat dagegen auf. Er weiß sich dabei im Einklang mit weiten Teilen der Bevölkerung. 1948 spricht sich Helmer dafür aus, die Rückgabe des Vermögens von Juden und Jüdinnen „in die Länge [zu] ziehen“ und weist der jüdischen Bevölkerung obendrein eine Mitschuld an ihrer Enteignung zu.[445]

Für die überlebenden Opfer ist die Rückstellung oft ein steiniger Weg. Da sich die Zweite Republik selbst als Opfer, nämlich als Opfer NS-Deutschlands sieht, betrachtet sie die Restitution nicht als Bringschuld der Republik, sondern als Holschuld der Geschädigten. Diese müssen innerhalb bestimmter Fristen Anträge an Rückstellungskommissionen stellen, die bei den Landesgerichten für Zivilrechtssachen eingerichtet sind. Das ist für die Opfer nicht einfach. Denn viele befinden sich im Ausland, wo sie von den erst nach und nach verlängerten Antragsfristen mitunter zu spät oder gar nicht erfahren und sich mühselig um Rechtsvertretungen vor Ort bemühen müssen. Die Verfahren selbst sind langwierig und teuer.

Am frühesten und gründlichsten erfolgt die Restitution im Bereich von Haus- und Grundbesitz. Da viele Vertriebene nicht mehr nach Österreich zurückkehren wollen, verkaufen sie ihr Vermögen, um sich in ihrer neuen Heimat eine Existenz aufbauen zu können. Die Folge ist eine Übersättigung des Immobilienmarktes; die erzielten Erlöse sind daher nicht selten recht bescheiden.

Das konkrete Ausmaß der Rückstellungen in Niederösterreich ist immer noch unklar. Gesichert ist lediglich, dass 1946 im nichtagrarischen Bereich etwa 2.500 „Arisierungsvorgänge“ (ohne Südmähren und Nordburgenland, aber mit den Wiener Randgemeinden) dokumentiert sind. Dazu kommen noch ungefähr 520 Entziehungen im Sektor der Landwirtschaft.

Der hinhaltende Widerstand gegen die Rückstellungen geraubten Vermögens in den Anfängen der Zweiten Republik trägt dazu bei, dass dieses Thema Jahrzehnte später wieder hochkommt. Nach der Diskussion um die NS-Vergangenheit des ÖVP-Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim 1986 erfolgt allmählich die Wende. Das offizielle Österreich geht vom Opfermythos ab und bekennt sich zu einer Mitverant-

wortung am Nationalsozialismus. In der Folge werden die Lücken der Rückstellungsgesetzgebung verringert; aus der Holschuld der Opfer wird eine Bringschuld der Republik, die weitere Mittel für „Entschädigungen“ und „Wiedergutmachung“ zur Verfügung stellt: mit der Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (1995), des Versöhnungsfonds (2000) und des Allgemeinen Entschädigungsfonds (2001) und des Fonds für Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe (2010).

Opferfürsorge

Die Opferfürsorge ist ebenfalls eine „Wiedergutmachungsleistung“ der Zweiten Republik.[446] Sie ist Teil des Sozial- und Fürsorgerechtes; das heißt, „Entschädigungsleistungen“ sind immer an eine soziale Bedürftigkeit des jeweiligen Opfers geknüpft. Opfer, die in der Zweiten Republik selbst für ihr Auskommen sorgen können, sind davon nicht erfasst.

Die Opferfürsorgegesetzgebung ist ein Paragraphendschungel, in dem sich viele Betroffene nur schwer zurechtfinden. Mehr als sechzigmal verändert der Nationalrat das Gesetz. Für viele Opfer kommen die nachträglichen Verbesserungen zu spät.

Wer gilt nun als Opfer nach diesen Bestimmungen? Laut Opferfürsorgesetz vom 17. Juli 1945 sind lediglich WiderstandskämpferInnen und deren Hinterbliebene gemeint, denen bei sozialer Bedürftigkeit und gesundheitlichen Beeinträchtigungen Fürsorgeleistungen und Rentenzahlungen zuerkannt werden. Sie gelten als „aktive“ Opfer und werden vor allem am Beginn der Zweiten Republik aus außenpolitischen Gründen als „Opfer des österreichischen Freiheitskampfes“ hervorgehoben. Ihnen steht eine „Amtsbescheinigung“ zu, die Voraussetzung für die Zuerkennung von Rentenzahlungen. Demgegenüber bleiben „passive“ Opfer, die wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität oder aus anderen Gründen verfolgt wurden, unberücksichtigt. Sie haben nur Anspruch auf einen Opferausweis, der kleine steuerliche Begünstigungen verspricht und vor Behörden den Anspruch ermöglicht, bei der Wohnungs- und Arbeitssuche bevorzugt behandelt zu werden.

Zwei Jahre nach Kriegsende wird ein neues Opferfürsorgesetz beschlossen, das bis heute gültig ist. Es erstreckt sich nun auch auf Personen, „die in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität durch Maßnahmen eines Gerichtes, einer Verwaltungs- (im besonderen einer Staatspolizei-)Behörde oder durch Eingriffe der NSDAP einschließlich ihrer Gliederungen in erheblichem Ausmaß zu Schaden gekommen“ sind.[447] Dieses neue Gesetz bezieht also „passive“ Opfer mit ein, gilt aber nur für österreichische StaatsbürgerInnen. Es schließt die ca. 130.000 jüdischen Vertriebenen, die im Ausland leben und eine neue Staatsbürgerschaft haben, aus. Erst seit 1993 ermög-

licht die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes Vertriebenen, die österreichische Staatsbürgerschaft zusätzlich zu erwerben und eröffnen diesen damit eine Antragstellung.

Auch andere Opfergruppen bleiben lange unberücksichtigt. Opfer der NS-Euthanasie und der NS-Erbgesundheitspolitik sind erst seit 1995 anspruchsberechtigt, und Opfer, die aufgrund medizinischer Versuche, ihrer sexuellen Orientierung und behaupteter „Asozialität“ verfolgt wurden, müssen ebenso bis 2005 auf ihre Anerkennung im Opferfürsorgerecht warten wie die Opfer der NS-Militärjustiz.

In Niederösterreich wurden seit 1945 etwa 8.000 Opferfürsorge-Akten angelegt. Die meisten AntragstellerInnen kommen aus den Industriegebieten südlich der Donau, also aus Gegenden, in denen die meisten Widerstandshandlungen dokumentiert sind: das Industrieviertel und die Region St. Pölten.

Wie wird an die NS-Zeit erinnert?

In Niederösterreich erfolgt das öffentliche Erinnern an die NS-Zeit zumeist in Form von Gedenktafeln, Denk- und Grabmälern oder Benennungen von Verkehrsflächen. Es konzentriert sich im Wesentlichen auf zwei unterschiedlich lange Zeiträume.[448] Die meisten Zeichensetzungen erfolgen in der ersten, kurzen Phase unmittelbar nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft. Sie erinnern an relativ viele Opfergruppen: an jüdische Opfer, Deserteure, Opfer des Massakers von Stein und vor allem an Opfer politischer Verfolgung. Letztere stehen intensiv wie zu keiner anderen Zeit im Zentrum des damaligen Erinnerns. Dieses Gedenken ist auch staatspolitisch motiviert und dient dazu, Österreichs eigenen Beitrag zur Befreiung vom Nationalsozialismus vor aller Welt hervorzuheben. Die Erinnerung an den „antifaschistischen Freiheitskampf“ tragen ÖVP, SPÖ und KPÖ gemeinsam, und das Gedenken an die Frauen und Männer des Widerstands wirkt mit am Gründungsmythos der Zweiten Republik.

Mit der Amnestierung der ehemaligen NationalsozialistInnen seit den späten 1940er Jahren und vor allem nach dem Abzug der Sowjets 1955 ändern sich die Erinnerungslandschaften allmählich. Das in Konkurrenz zum politischen Widerstand stehende Gedenken an die Gefallenen der Wehrmacht überlagert die Erinnerung an die politischen und „rassischen“ Opfer. Die Gedenkkultur der Kameradschaftsbünde besetzt mit seinen Kriegerdenkmälern die zentralen Plätze der Städte und Gemeinden.

Die „Waldheim-Debatte“ 1986 und das „Ge- und Bedenkjahr“ 1988 leiten die zweite Phase des Erinnerns an die NS-Zeit ein. Erst jetzt nimmt das Gedenken an die jüdischen Opfer deutlich zu. Engagierte OrtsbewohnerInnen, oft Studierende und LehrerInnen, beginnen die NS-Geschichte ihrer Heimat zu erforschen und regen Gedenkzeichen für die vertriebenen und ermordeten jüdischen MitbürgerInnen an. In den

frühen 1990er Jahren bläst ihnen oft noch ein rauer Wind entgegen. Lokalpolitiker fürchten das Aufbrechen von Konflikten in der Bevölkerung, viele Menschen im Ort halten am bequemen „Opfermythos“ fest, der weder einheimische TäterInnen noch MitläuferInnen kennt.

Typisch sind die Auseinandersetzungen in Kirchberg am Wechsel, im Wohnort des prominenten Rechtsextremisten Norbert Burger. Hier gewinnt die fast 80-jährige pensionierte Gastwirtin Hilde Kernbeis einen lokalhistorisch interessierten Geschichte-Studenten, um für die aus dem Ort vertriebene jüdische Familie Daniel 1989 eine öffentliche Gedenktafel anzubringen. Der Plan findet eine ganze Reihe von Unterstützern, wie etwa auch den katholischen Pfarrer. Die örtliche Pfadfinderzeitung und das Pfarrblatt informieren über das Vorhaben.

Trotzdem ist die Ablehnung massiv, wenn auch meist hinter vorgehaltener Hand: Die Angehörigen der Familie Daniel mögen doch selbst für die Tafel sorgen, in der eigenen Familie gebe es auch Opfer, vor allem von sowjetischen Soldaten verschuldet, nach 50 Jahren müsse einmal Schluss sein: „Schon wieder die Juden!“, so lautet der Tenor. Norbert Burger, Listenführer der mit drei Gemeinderäten vertretenen „Kirchberger Heimatliste“, verleiht diesen Stimmungen eine Stimme. Vor den Gemeinderatswahlen 1990 schickt er an alle Haushalte der Gemeinde eine Sondernummer seiner Zeitschrift „Klartext“, in der er anstelle eines Erinnerungszeichens für die Familie Daniel eine Gedenktafel anregt „zur Erinnerung an alle Kirchberger, die zu irgendeiner Zeit, seit es Kirchberg gibt, Opfer von Unrecht und Gewalt geworden sind“.[449]

Gedenktafel für die aus Kirchberg am Wechsel vertriebene Familie Daniel, angebracht am 29. Oktober 1990 an der Friedhofsmauer und gestiftet von einem „Teil der Bevölkerung“ des Ortes. Die – nach jüdischer Tradition – darauf abgelegten Steinchen verweisen auf die Funktion der Tafel als Erinnerungsort. (Markus Raffeis und Bruno Bauer)

Die dahinterstehende Absicht liegt auf der Hand. Wenn alle Opfer sind, ist eine Auseinandersetzung mit Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus überflüssig.

Die Gedenktafel in Kirchberg am Wechsel wird kurz vor dem Totengedenken zu Allerheiligen 1990 an der Mauer des Friedhofes angebracht; dank der Spenden von 80 GemeindebürgerInnen. Auf Wunsch der Initiatorin ist sie unterzeichnet mit „Teil der Bevölkerung Kirchberg-Wechsel“.

An die einst 15 Israelitischen Kultusgemeinden in Niederösterreich erinnert kaum noch etwas. Die Mitglieder sind vertrieben, etwa ein Drittel wurde getötet. Die heute für Niederösterreich zuständige Kultusgemeinde Wien konnte die restituierten Synagogen nicht erhalten und musste sie mangels BeitragszahlerInnen verkaufen. Die neuen Eigentümer rissen die Gotteshäuser nach und nach ab. Die endgültige Zerstörung des Großteils der niederösterreichischen Synagogen erfolgte also nicht während der NS-Zeit, sondern in der Zweiten Republik. Erhalten und restauriert wurden lediglich die Gotteshäuser in St. Pölten und Baden. Der 1946 gegründete Synagogenverein Baden ist heute die einzige gemeindeähnliche jüdische Organisation in Niederösterreich.

Menschengeschichten

Anton Burger: Ein NS-Täter auf der Flucht

Anton Burger stammt aus dem 11.000-EinwohnerInnen-Städtchen Neunkirchen im Industrieviertel. Der 1911 geborene Bundesheersoldat ist seit 1931 NSDAP-Mitglied und gehört zum engsten Kreis der Deportationsspezialisten um Adolf Eichmann. 1945 taucht er unter. Burger wird zwar 40 Jahre lang als Kriegsverbrecher gesucht, führt aber mitten in Deutschland ein Leben im Geheimen.

Der SS-Offizier Anton Burger, einer der engsten Mitarbeiter des berüchtigten Adolf Eichmann, wird 40 Jahre lang als Kriegsverbrecher gesucht. Porträtfoto im Führerschein, 1953. (Karla Müller-Tupath, Verschollen in Deutschland. Das heimliche Leben des Anton Burger, Lagerkommandant von Theresienstadt [Hamburg 1994])

Karriere in Adolf Eichmanns „Zentralstelle“

1933 muss Anton Burger das Bundesheer wegen seiner NS-Mitgliedschaft verlassen. Er geht nach Deutschland und heuert bei der „Österreichischen Legion“ als Mitglied der SA an. Beim „Anschluss“ 1938 kehrt er nach Österreich zurück, tritt der SS bei und kommt noch 1938 in die von Adolf Eichmann aufgebaute „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Im Kreise der „Eichmann-Männer“ wird Burger zum „Vertreibungsspezialisten“ ausgebildet. Dieser Tätigkeit geht Burger in Prag und Brünn nach, wo er sich den Ruf eines „brutalen Rohlings“ erwirbt. Ende August 1941 heiratet er eine Angestellte der Gauleitung der NSDAP Niederdonau.

Ab 5. Juli 1943 ist Burger Leiter des jüdischen Ghettos in Theresienstadt. Obwohl er diese Funktion nur ein halbes Jahr lang ausübt, gilt er als der gefürchtetste aller Lagerkommandanten. Im März 1944 wütet Burger in Athen, im Herbst treibt er in Budapest als Mitarbeiter von Eichmanns Sondereinsatzkommando die Verschleppung der jüdischen Bevölkerung Ungarns voran.

Gefangen in Glasenbach

Das Kriegsende 1945 erlebt SS-Hauptsturmführer Anton Burger im Kreise der „Eichmann-Männer“ in Altaussee im Salzkammergut. In der so genannten „Alpenfestung“ ruft Adolf Eichmann seine Getreuen ein letztes Mal zusammen. Sie verstecken auf den umliegenden Almen Kisten mit Waffen und „Kriegsbeute“; jedem von ihnen gibt Eichmann zur Gründung einer neuen Existenz 1.000 Dollar und ein paar Goldmünzen. Dann gehen sie auseinander.

Ausgestattet mit zehn Pistolen und Munition, wird Burger noch vor Ort von der österreichischen Gendarmerie verhaftet, dem US-amerikanischen Geheimdienst übergeben und ins Lager Glasenbach bei Salzburg gebracht. Weder die Gendarmerie noch die Amerikaner ahnen, wer ihnen da ins Netz gegangen ist. Siegfried Seidl und Karl Rahm, die beiden anderen Kommandanten von Theresienstadt, haben weniger Glück. Sie werden nach einem Gerichtsverfahren in der Tschechoslowakei hingerichtet, Burger in Abwesenheit zum Tod verurteilt. Als seine wahre Identität im Lager Glasenbach auffliegt, überstellen ihn die Amerikaner trotz des Vorliegens eines Auslieferungsantrags nicht in die Tschechoslowakei. Er soll in Wien vor ein Gericht kommen.

Burger taucht unter

Burger wird jetzt der Boden zu „heiß", am 19. Juni 1947 gelingt ihm die Flucht. Er taucht unter falschem Namen in Mariazell als Forstarbeiter unter und lebt eine Zeit lang in einer Holzknechtshütte in der Umgebung. Wiederholt trifft er sich mit seiner Familie in Neunkirchen. Beim Übertritt in die sowjetische Zone am Semmering halten ihn einmal Wachposten stundenlang fest. Seine wahre Identität bleibt unerkannt.

Burger versteckt sich bei seiner Gattin und seiner Mutter in Neunkirchen. Anfang 1951 beginnt er an der ehelichen Treue seiner Frau zu zweifeln. Wiederholt tobt und schreit er, nach einem seiner Wutanfälle weist ihn ein herbeigerufener Arzt nach Wien in eine psychiatrische Klinik ein. Eine Woche später ist er zwar wieder bei seiner Frau, doch er ist aufgeflogen. Am 9. März 1951 verhaften ihn die Behörden und liefern ihn ins Landesgericht für Strafsachen in Wien ein.

Gescheiterte Auswanderung

Nach sechs Tagen Haft gelingt ihm abermals die Flucht. Er verschafft sich falsche Papiere und kommt am Abend des 18. Juli 1951 nach Neunkirchen. Sein Versuch, sich – mit einer Pistole bewaffnet – Zutritt zur Wohnung seiner Frau zu verschaffen, scheitert. Anfang Dezember 1952 lässt sie sich scheiden. Anton Burger hat zwar stets Helfer, die ihm zu falschen Papieren, Verstecken und Deckadressen für Nachrichten verhelfen, doch die Sicherheitsbehörden sind ihm dicht auf den Fersen. Er versteckt sich an verschiedenen Orten in Deutschland, möchte aber weg aus Europa. Kontakte nach Kairo oder Richtung Kolumbien verlaufen im Sand. Das jahrelange Leben auf der Flucht setzt ihm zu. Er wartet das Ende der Besatzungszeit ab, dann sucht er unter seinem wahren Namen um die Wiederzuerkennung der österreichischen Staatsangehörigkeit an.

Leben unter falschem Namen

1960 verlässt Burger kurz Deutschland und wird Hüttenwart in Mühlbach am Hochkönig in Salzburg. Dort nimmt sein Leben ein Wende. Er kommt mit dem Gesellschafter einer deutschen Straßenbaufirma in Kontakt, der ihm eine Stelle in Essen verschafft – ein Zufall. Die beiden kennen einander nicht, der Deutsche hat keine einschlägige NS-Vergangenheit. Einige Jahre später lernt Burger in Essen eine Frau kennen, mit der er bis zu seinem Tod verbunden bleibt. 1975 geht er in Pension und führt ein unscheinbares, kleinbürgerliches Leben, fast ohne Kontakte nach außen. Seine Lebensgefährtin ahnt nicht, dass er ein Kriegsverbrecher ist, nach dem seit 1967 sogar international gefahndet wird. Der letzte der „Eichmann-Männer" wird nie gefasst. Anton Burger stirbt mit 80 Jahren am 25. Dezember 1991 an Darmkrebs in einem Spital in Essen.[450]

Helene Gruber: Denunziert und verschleppt nach Ostsibirien

Als die 21-jährige Helene Gruber am 11. August 1946 auf die Bezirkshauptmannschaft Amstetten bestellt wird, ahnt sie nicht, was ihr bevorsteht: ein Schicksal als Gulag-Häftling, eine Familiengründung in einem sibirischen Straflager und eine schwierige Heimkehr.

Helene Gruber, Tochter des SPÖ-Politikers Franz Gruber, wenige Wochen vor ihrer Verhaftung. (Josef Plaimer)

Verhaftung und Transport nach Magadan

In der Bezirkshauptmannschaft wird Helene Gruber festgenommen und nach Eisenstadt gebracht. Dort, so sagt man ihr, soll sie ihrem Vater Franz gegenübergestellt werden. Franz Gruber, sozialdemokratischer Aktivist, ehemaliger Schutzbundkommandant und Bürgermeister von Mauer bei Amstetten, Februarkämpfer und seit 1945 SPÖ-Landtagsabgeordneter, ist schon seit einem Monat in Haft. Über die Gründe seiner Verhaftung gibt es unterschiedliche Vermutungen. Ein kommunistisch orientierter Arbeiter, in Grubers Haus angestellt, soll Anzeige erstattet und Gruber beschuldigt haben, daheim Jagdgewehre zu verstecken, mit dem Wissen seiner Tochter Helene.

Am 30. September verurteilt ein sowjetisches Militärgericht Helene und Franz Gruber wegen verbotenen Waffenbesitzes zu je sechs Jahren Straflager. Der Vater kommt in ein Lager der ukrainischen Stadt Lemberg, er stirbt dort 1949. Seine Tochter deportieren die Sowjetbehörden in einem Güterzug in die mehr als 11.000 Kilometer entfernte Hafenstadt Magadan in Ostsibirien am Ochotskischen Meer, dem Wirtschafts- und Verwaltungszentrum des Gulag-Komplexes Kolyma. In Sibirien reiht sich ein solches Straf- und Arbeitslager an das andere, die Todesrate in solchen Gulags ist sehr hoch. Schon dass Helene Gruber die Ankunft im Gulag erlebt, ist nicht selbstverständlich. Ihr Transport nach Magadan dauert fünf Monate. Das letzte Stück der Fahrt erfolgt mit dem Schiff. Ein Viertel der Häftlinge und der Besatzung stirbt nach dem Ausbruch einer Typhusepidemie.

Sträflingsarbeit bei arktischen Temperaturen

Im Hinterland von Magadan kommt Helene Gruber in ein Lager, wo sie Holzschlägerungsarbeiten leisten muss. Politische und kriminelle Gefangene sind nicht getrennt, gearbeitet wird bei Temperaturen von bis zu minus 50 Grad Celsius. Nach zweieinhalb Jahren wird sie einer Glasfabrik zugeteilt, danach landet sie im Goldgräberlager Burchala. Nur wer seine Tagesleistung erbringt, erhält genug Essen zum Überleben; dazu kommen die allgegenwärtige Lagerkriminalität

Helene Gruber (rechts) mit ihrem Vater Franz Gruber (in der damals verbreiteten Barttracht), ihrer Schwester Leopoldine und ihrem Bruder Alfred, 1944. (Josef Plaimer)

und das lebensfeindliche Klima mit neun Monaten Winter. Helene Gruber steht all das durch. Ihr jugendliches Alter und ihre gute körperliche Verfassung halten sie am Leben.

Am 1. Oktober 1951 wird sie vorzeitig aus dem Straflager entlassen. Sie erhält 200 Rubel, sitzt aber in Burchala fest. Im Haushalt des Lagerkommandanten findet sie Arbeit als Dienstmädchen. Als der ihr seinen Bekannten Jegor Antonovitsch Bondarew als Lebenspartner nahelegt, sagt sie zu. Bondarew ist ein anständiger, arbeitsamer Mann, vor allem aber ist es in der Männerwelt des Gulags Frauen kaum möglich, allein zu überleben.

Familienleben unter Verbannten

Helene Gruber beginnt in Ostsibirien Wurzeln zu schlagen. Sie lebt mit Jegor Bondarew, der in deutscher Kriegsgefangenschaft war und daher mehrere Jahre in die Verbannung muss, in einem Sträflingsdorf mit etwa 300 Familien. In rascher Folge bringt sie drei Mädchen zur Welt. Sie spricht zumeist russisch, selbst dann, wenn sie einmal auf einen Österreicher trifft. Das Deutsche ist ihr nach all der Zeit nicht mehr so geläufig. Als Helene Gruber ihren österreichischen Pass zurückbekommt, darf sie sich in einem Umkreis von 30 Kilometern frei bewegen, muss sich aber jeden Monat bei der Behörde melden. 1957 heiratet sie Jegor Bondarew. Gemeinsam bauen sie sich ein Blockhaus in einer kleinen Siedlung bei der Goldmine, wo die Familie fortan lebt.

Heimkehr nach Österreich

1960 erlauben ihr die sowjetischen Behörden, ohne Mann, aber mit den drei Kindern, für drei Monate nach Österreich zu reisen. Die österreichische Botschaft streckt die Reisekosten vor. Jegor Bondarew befürchtet, dass seine Frau nicht zurückkehren wird, deshalb ist er gegen die Mitfahrt der Kinder,

Helene Bondarewa mit ihren Töchtern Valentina (geb. 1952), Nadja (geb. 1955) und Veronika (geb. 1953) beim Schaufensterbummel in Amstetten, 1960er Jahre. (Josef Plaimer)

wenigstens eine Tochter hätte er gerne zurückbehalten.

Auf den überwältigenden Empfang in Wien, Amstetten und ihrer Heimat Greinsfurth folgt bald Ernüchterung. Helene Bondarewa und ihre Töchter sind mittellos und auf Unterstützung angewiesen. Ihr Erbe haben die Geschwister bereits unter sich aufgeteilt, die Heimkehrerin aus dem Gulag muss darum kämpfen. Die österreichische Botschaft fordert die Reisekosten zurück, ein erheblicher Betrag für sie, und hinter vorgehaltener Hand werfen ihr manche vor, ihren Mann verlassen zu haben.

Helene Bondarewa bleibt in Österreich, trotz der Schwierigkeiten und obwohl sie das eigentlich nicht vorhatte. Sie fängt ganz neu an, absolviert eine Ausbildung zur Krankenschwester, ermöglicht ihren Kindern eine gute Ausbildung und finanziert sich ein eigenes Heim. Mit ihrem Mann in Russland hält sie noch lange Kontakt. Helene Bondarewa stirbt am 19. August 2017 im Alter von 92 Jahren.[451]

Peter Härtling: Das chaotische Leben eines Flüchtlingskinds

Der Schriftsteller Peter Härtling stammt aus guten Verhältnissen. Geboren 1933 in der Nähe von Chemnitz in Sachsen, gerät der Sohn eines Rechtsanwalts mit seiner Familie auf der Flucht vor der Roten Armee in den Sog der gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen am Ende der NS-Zeit. Ein Jahr lebt er mit seiner Familie in Zwettl, dann geht es über mehrere Durchgangslager nach Deutschland. Im Sommer 1971 kehrt Peter Härtling nach Zwettl zurück, um das Grab seines Vaters, aber auch seine verlorene Kindheit zu suchen. Zwei Jahre später erscheint sein Buch „Zwettl. Nachprüfung einer Erinnerung."

Peter Härtling, sieben Jahre alt, Weihnachten 1940. (Literaturarchiv Marbach)

Flucht nach Zwettl

Beim Zusammenbruch des Dritten Reiches entschließt sich Peters Familie zur Flucht Richtung Westen. Sie schafft es Ende April 1945 nach Zwettl, eine Kleinstadt mit 3.500 EinwohnerInnen im westlichen Waldviertel. Sein Vater liegt dort mit seiner Wehrmachts-Einheit. In Zwettl hat er einige Bekannte, in kleineren Gemeinden seien die Menschen hilfsbereiter, glaubt er – und dass die Russen nicht mehr weit kommen würden, weil die amerikanischen Truppen näher sind.

Die Einheit des Vaters löst sich vor Kriegsende auf. In Zwettl ist die Familie, Peters Eltern, seine Schwester und Großmutter und Tante, vereint, aber zerstritten. Mutter und Vater haben sich während der langen kriegsbedingten Trennung entfremdet.

Jurys Haus

Ihr erstes Quartier in Zwettl ist die Wohnung eines Nationalsozialisten, der sich in den Westen abgesetzt hat. Dort erlebt der zwölfjährige Peter die Ankunft der Roten Armee. Sie sind in hellster Aufregung, als Soldaten eines Nachts Einlass begehren und Peters Vater unter viel Geschrei und dem Ausruf „Du bist Jury!" aus der Wohnung schieben. Die Soldaten durchsuchen das ganze Haus und finden in der Wohnung darüber die blutüberströmte Leiche des Gauleiters Hugo Jury, der sich dort erschossen hat. Peter beobachtet am nächsten Tag zwei Arbeiter, die die starre Leiche über die Stufen poltern lassen und auf einer Schubkarre wegbringen.

Freiheiten und die Vergewaltigung der Mutter

Peter ist in der Wohnung nicht zu halten. Er stromert herum, kommt oft nur zum Essen und Schlafen zurück, lebt in seiner Welt und hat viel Umgang mit sowjetischen Soldaten: „[Er] hatte sich nie gefürchtet," schreibt er später von sich selbst, „sie waren freigiebig, oft unbeholfen, zeigten, wenn sie gut gelaunt waren, Fotografien von zu Hause, und sie feierten Feste, wie er sie nicht gekannt hatte, sie dauerten die Nacht durch, wurden laut, versetzten die Frauen jedesmal in größte Angst".

Nach drei Wochen muss sich sein Vater bei der Ortskommandantur melden und kommt als ehemaliger Wehrmachtssoldat in Gefangenschaft. Die Familie zieht in ein kleines Zimmer im Hof eines Gasthauses. Nur Peter und seine Schwester haben Betten. Mutter und Tante schlafen auf zwei zusammengeschobenen Schreibtischen, Großmutter übernachtet bei einer anderen Flüchtlingsfrau im Nachbarraum. Am 16. Juli kommt der letzte Brief von Vater, die verzweifelten Nachforschungen über seinen Verbleib sind erfolglos.

Die Ungewissheit lastet schwer, die Spannungen in dem kleinen Raum werden manchmal unerträglich: „[Das] Zimmer beengte sie, trieb sie zusammen und rieb sie auf, sie stritten sich oft, und in den ersten Wochen, als sie die Russen fürchteten, schien es ihnen, als bekämen sie keine Luft mehr, als wäre es eine stickige Zelle". Als Peter mit seiner Tante bei Verwandten in Brünn Kleidung holt, wird seine Mutter von einem sowjetischen Soldaten vergewaltigt. Seine zehnjährige Schwester muss alles mitansehen.

Selbstmord der Mutter

Nach einem Jahr Aufenthalts in Zwettl muss die Familie weiterziehen. Nach zahllosen Umwegen landet sie in Nürtingen in der Nähe von Stuttgart. Auf der Fahrt lernt Peters Mutter einen Mann kennen, zu dem sie mit den Kindern zieht. Bis dieser seine Frau wiederfindet, dann ziehen alle drei wieder aus. Schließlich unternimmt die Mutter noch einen Versuch, ihren Mann aufzuspüren. Peters Tante informiert sie, dass er bereits seit mehr als einem Jahr tot ist. Den Kindern sagt sie nichts. Am 6. Oktober 1946 schluckt die Mutter eine Überdosis Schlaftabletten, vier Tage später ist sie nicht mehr am Leben. Peter und seine Schwester ziehen zur Großmutter und Tante. Erst jetzt erfährt Peter vom Tod seines Vaters.

Mit 17 Jahren bricht er die Schule ab, mit 20 erscheint sein erstes Buch. Von 1968 bis 1973 ist Peter Härtling in der Geschäftsführung des renommierten S. Fischer Verlags, danach freier Schriftsteller. Er erhält mehr als 30 Preise und Auszeichnungen, 20 Schulen in Deutschland werden nach ihm benannt.

Peter Härtling stirbt am 10. Juli 2017 in der deutschen Stadt Rüsselsheim.[452]